

Deutscher Gewerkschaftsbund DGB in Lindau für Verbleib des Bahnhofes auf der Insel

Die Abteilung Grundstücksverwertung des Vorstandes der Deutschen Bahn AG möchte den bisherigen Lindauer Hauptbahnhof von der Insel weg auf das Festland verlegen.

Die DGB-Ortskartell-Mitgliederversammlung vom 20.10. 1997 spricht sich aus folgenden Überlegungen heraus gegen diese Verlegungspläne aus:

- Den Anwohnerinnen und Anwohnern an der Bahnstrecke von Holdereggen bis Reutin würde dann ein nicht vertretbarer zusätzlicher Lärmzuwachs durch das Bahnhofsgeschehen zugemutet.
- Warum sollen für den Fahrzeitgewinn von max. 3 Minuten für täglich 8 Fernzüge 100 Millionen für Neubauten ausgegeben werden, welche dann über Fahrpreiserhöhungen wieder finanziert werden müssten?
- Auf der Insel Lindau bleiben durch eine Bahnstreckenverlegung Flächen in einem für Lindau sehr großem Ausmaß aus Spekulationsgründen lange ungenutzt, ähnlich wie es das Negativbeispiel des Kasernenareals seit Jahrzehnten zeigt.
- Eine Wegverlegung des Bahnhofes von der Insel würde die bisherige Zentrumsfunktion dieses Stadtteils stark einschränken.
- Auf den städtischen Haushalt kämen durch eine neue Verkehrsanbindung eines Hauptbahnhofes auf dem Festland massive Baukosten zu.
- Die Alternative mit Zukunft wäre ein Verbleiben des Hauptbahnhofes auf der Insel mit im Süden verkleinerten Gleisflächen. Dadurch wäre zusätzlich zu einer überdachten und behindertengerechten Fußgängerbrücke über die Bahnstreckengeleise eine weitere direkte Anbindung der Hinteren Insel südwestlich des bisherigen Bahnhofesgebäudes möglich. Die Wiedereröffnung von Bahnhaltepunkten im Stadtgebiet, wie beispielsweise in Zech, Reutin und Oberreitnau für die Nahverkehrszüge würde den Inselbahnhof noch besser anbinden als bisher.
- Auf keinen Fall dürfen mit den Bahnstreckenplänen des DB-Vorstandes weitere Entlassungen von Personal verbunden sein.

(Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des DGB-Ortskartells Lindau vom 20.10. 1997)